

Antrag

der Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf), Holger Bartsch, Ingrid Becker-Inglau, Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Monika Ganseforth, Dr. Fritz Gautier, Dieter Heistermann, Dr. Uwe Jens, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Klaus Lennartz, Dieter Maaß (Herne), Dr. Dietmar Matterne, Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Horst Niggemeier, Adolf Ostertag, Joachim Poß, Peter W. Reuschenbach, Dieter Schanz, Dr. Jürgen Schmude, Dietmar Schütz, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dieter Wiefelspütz, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Jetzige Sicherung der langfristigen umweltgerechten Nutzung der heimischen Steinkohle

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Absatz der deutschen Steinkohle an die Elektrizitätswirtschaft wird auf der Grundlage des 3. Verstromungsgesetzes bis Ende 1995 nach den Regeln des Jahrhundertvertrages vollzogen. Bis 1995 werden 40,9 Mio. t SKE jährlich an die Elektrizitätswirtschaft abgesetzt.
2. In diesem Jahr sind die Entscheidungen über die Höhe der Ausgleichsabgabe für die Jahre 1994 und 1995, über die Zuschüsse für den Revierausgleich und den Ausgleich von Mehrkosten für den Einsatz niederflüchtiger Kohle zu treffen.

Dazu ist der Kohlepfennig anzuheben, um die Neuansprüche gegenüber dem Ausgleichsfonds abzudecken und die aufgelaufenen Altansprüche bis 1995, spätestens 1997 schrittweise abzutragen.

3. Die in der Kohlerunde 1991 getroffene Vereinbarung einer langfristigen Perspektive für einen leistungsfähigen lebenden Steinkohlebergbau ist in diesem Jahr finanziell zu sichern, um die notwendigen langfristigen vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen des Steinkohlebergbaus und der Elektrizitätswirtschaft abzuschließen und den Hüttenvertrag ebenfalls über das Jahr 2000 hinaus vertraglich zu garantieren.

Dazu ist eine allgemeine Energiesteuer einzuführen, aus deren Aufkommen von 20 Mrd. DM auch die notwendigen Finanzhilfen für den Steinkohlebergbau zu leisten sind.

Ferner sind weitere energiepolitische Maßnahmen zu fördern, z. B.:

- Investitionen zur Energieeinsparung und zur Förderung erneuerbarer Energiequellen;
- Investitionen zur ökologischen Umstrukturierung der ost-deutschen Braunkohle, wie die Beseitigung der Altlasten aus dem Braunkohletagebau, Rekultivierungsmaßnahmen und die Umstrukturierung der Kraftwerke.

Begründung

1. Die herausragenden Ziele der Energiepolitik sind einerseits die Energieversorgung langfristig zu sichern und andererseits ihre schädlichen Einflüsse auf den Lebensraum und das Weltklima zu mindern.

Es besteht Einigkeit unter allen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland: Die Emissionen klimarelevanter Spurengase, vor allem des CO₂, müssen in den kommenden Jahren global eingeschränkt werden. Die Bundesrepublik Deutschland kann dazu einen wesentlichen Beitrag durch verstärktes Energiesparen und rationelleren Umgang mit Energie leisten.

Die stark nachgefragten begrenzten Ressourcen bei den nicht erneuerbaren Primärenergieträgern werden knapper. Die deutsche Energieversorgung ist dadurch mit Risiken behaftet, die möglichst gering gehalten werden müssen.

2. Deshalb wird die Kohle eine wachsende Rolle in der Energieversorgung der Welt übernehmen. Vor dem Hintergrund der Gefahren für das globale Klima und zur Minderung der schädlichen Umweltemissionen ist auch der Wirkungsgrad bei der Kohlenutzung weltweit zu verbessern. Moderne deutsche Kraftwerks- und Umwelttechnologien bieten dazu die richtigen Ansatzpunkte, weil sie weltweit in der Spitzengruppe liegen.
3. Deutschland ist quantitativ und strukturell von Importenergien abhängig geblieben, da es bei Erdöl und Erdgas nur über kleine Lagerstätten verfügt. 100 % des Urans, 97 % des Erdöls, 77 % des Erdgases und 18 % der Kohle müssen eingeführt werden. Das heißt wir sind zu über 63 % von Importenergieträgern abhängig, und zwar mit steigender Tendenz. Wesentliche Anteile unserer Energieversorgung sind von der Entwicklung in Krisengebieten bestimmt. Darüber hinaus gilt es, die preisliche Sensibilität des Weltenergiemarktes energiepolitisch zu bewerten. Ebenso wie beim Erdöl muß die Sicherheit einer dauerhaften ungestörten und preisgünstigen Belieferung der Bundesrepublik Deutschland mit Erdgas kritisch beurteilt werden. Denn auch bei der Gasversorgung ist eine immer stärkere Abhängigkeit der westlichen Welt von instabilen Regionen zwangsläufig. 80 % der wirtschaftlich gewinnbaren Gasreserven der Welt liegen in den Staaten der OPEC und der GUS.

Deshalb hat der größte Erdgasimporteur Deutschlands immer wieder vor einer wesentlichen Ausweitung des Gasverbrauches in Deutschland, insbesondere im Bereich der Verstromung, abgeraten.

4. Aus diesen Gründen ist ein substantieller Beitrag der heimischen Steinkohle bis zum Jahr 2005 festgelegt. Es soll in diesem Zeitraum der jährliche subventionierte Absatz in der Verstromung und bei der Verhüttung auf insgesamt 50 Mio. t deutscher Steinkohle zurückgeführt werden.

Die Gewinnung und Nutzung der heimischen Kohle hat eine führende Stellung Deutschlands in diesen Technologiebereichen begründet. Ihre weltweit führende Bedeutung für die künftige Entwicklung der Kohletechnologien würde ohne einen heimischen Kohlebergbau verlorengehen.

5. Die energiepolitischen und die energiewirtschaftlichen Entscheidungen werden durch z. Z. zu niedrige Weltmarktpreise in die falsche Richtung gelenkt. Die wirklichen Kosten und insbesondere die durch Energiegewinnung und Energieverbrauch verursachten Umweltkosten in mehrstelliger Milliardenhöhe spiegeln sich nicht im Energiepreinsniveau wider. Die Marktpreise bedürfen deshalb einer Korrektur, wenn das Bewußtsein für die Knappheit von Energie erneuert und der Grundsatz „sparsamer Umgang mit Energie“ oberstes Gebot unserer Energienutzung bleiben soll.

Unter dem Druck niedriger Weltmarktpreise verlieren die heimischen Energiequellen die aus energiepolitischen Gründen erforderliche und bereits vereinbarte Unterstützung.

6. Der Einsatz fiskalischer Instrumente bei der Begrenzung und Einsparung des Energieverbrauches und klimaverändernder Emissionen ist deshalb jetzt geboten.

Die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer auf Primärenergie ist der richtige strategische Ansatz. Allein die Primärenergiesteuer läßt die relativen Wettbewerbsverhältnisse der Energieträger weitgehend unberührt, weil sie nach dem Energiegehalt bemessen wird.

Die Primärenergiesteuer gibt allen Produzenten und Verbrauchern einen Anreiz zur ökologischen Verhaltensänderung. Die ökologischen Lenkungswirkungen des Steuerinstrumentes fördern den technischen Fortschritt ohne Bevorteilung einzelner Energieträger zugunsten von mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Für die allgemeine Energiesteuer ist eine EG-weite Lösung anzustreben. Ein Vorangehen mit einer nationalen Lösung wird hierfür ein wichtiger Anstoß sein.

Geht man vom Energiegehalt als Bemessungsgrundlage aus, so ergibt sich bei einem Steuersatz von 40 DM/t SKE bei dem gegenwärtigen Jahresverbrauch von 490 Mio. t SKE an Primärenergie ein Finanzvolumen von rd. 20 Mrd. DM.

Das jährliche Aufkommen der Energiesteuer sollte als Finanzbasis für folgende energiepolitische Maßnahmen dienen:

Aufkommen (Mrd. DM)	20,0
Verwendung (Mrd. DM):	
I. Umweltschutz	
Energiesparen	2,0
Rationelle Energieverwendung	2,0
Regenerative Energiequellen	1,0
Sonstige Umweltschutzmaßnahmen	3,5
II. Versorgungssicherheit	
Umstrukturierung Braunkohle	1,5
Altlasten Steinkohle	1,5
Absatzbeihilfe Steinkohle	8,5

Durch die Finanzierung der energiepolitischen Maßnahmen aus dem Aufkommen der Energiesteuer werden in Höhe von etwa 10 Mrd. DM bereits bestehende Finanzierungen – öffentliche Haushalte bei Bund und Ländern, Kohlepfennig – ersetzt.

Bonn, den 24. Juni 1993

Volker Jung (Düsseldorf)
Holger Bartsch
Ingrid Becker-Inglau
Hans Berger
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Lothar Fischer (Homburg)
Norbert Formanski
Monika Ganseforth
Dr. Fritz Gautier
Dieter Heistermann
Dr. Uwe Jens
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler
Klaus Lennartz

Dieter Maaß (Herne)
Dr. Dietmar Matteredne
Christian Müller (Zittau)
Jutta Müller (Völklingen)
Michael Müller (Düsseldorf)
Horst Niggemeier
Adolf Ostertag
Joachim Poß
Peter W. Reuschenbach
Dieter Schanz
Dr. Jürgen Schmude
Dietmar Schütz
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Dieter Wiefelspütz
Hans-Ulrich Klose und Fraktion